

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 46 (1952)
Heft: 3-4

Artikel: Ein Land im Aufbau : Guatemalas Kampf um die Demokratie
Autor: Caltofen, R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139635>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und halben Wahrheiten beherrscht wird, nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Vielleicht wird mit seiner Hilfe auch der Wunsch eines der Wüstenforscher Wirklichkeit, daß die Physiker die Atombombe ein paar Stunden lang in Ruhe lassen, um sich Gedanken darüber zu machen, wie die Sonne dazu gebraucht werden kann, den Menschen in der Stunde der Dunkelheit Wärme zu spenden, damit sie Brunnen bohren und Wasser emporpumpen können.

Karl Loewy

Ein Land im Aufbau

(Guatemalas Kampf um die Demokratie)

Dieser Tage brachte die Presse eine kurze Notiz, daß der demokratische US-Senator John MacCormick, applaudiert von dem republikanischen Senator Joseph Martin, in Washington erklärte: Guatemala sei ein sowjetischer Brückenkopf in Amerika, wobei er gleichzeitig die Nachbarrepubliken zur Intervention einlud. Klarer konnte die Verflechtung von US-Trustkapital und Politik kaum enthüllt werden. Guatemala hat es ja gewagt, die mächtige United Fruit Company zur Erfüllung der vom Staate erlassenen sozialen Gesetze zu zwingen.

Nach der Oktoberrevolution von 1944 hatte der erste Präsident des neuen Guatemalas, Dr. Arevalo, bei seinem Amtsantritt die bezeichnenden Sätze gesprochen:

«Ich werde alles tun, damit unsre heimischen Arbeiter behandelt werden, als seien sie Ausländer . . .» In diesen ironischen Worten lag die volle Wahrheit des feudalen Systems umschlossen, das in Guatemala und in fast allen zentralamerikanischen Staaten herrschte.

Arevalo, der als der Philosoph unter den Präsidenten gilt, hat den Hauptwert auf die Erziehung seines Volkes gerichtet. Trotz 29 Rebellionsversuchen hat er nicht ein Todesurteil vollstrecken lassen. 1944 galt es, die reaktionären Elemente aus dem Staatsleben zu eliminieren und die politisierenden Generäle kaltzustellen. Die Freiheit der Meinungsäußerung und das Recht der Persönlichkeit mußten gesichert werden. Reaktionäre Kreise, die damit ihre Macht schwinden sahen, prangerten dies sofort als «Kommunismus» an. In Wirklichkeit war es nur eine erste Etappe, die kolonialen Methoden zu überwinden und zu einer demokratischen Revolution zu gelangen, wie sie Frankreich 1789 durchführte.

«Wenn sich Fenster öffnen», sagte der Neuyorker «Times»-Korrespondent Krehm, der kaum des Kommunismus verdächtig sein dürfte, «gibt es immer Leute, die sich über Zugluft beklagen. Reaktionäre fehlen nicht, die nach den guten alten Tagen jammern, wo jeder vor dem

Gendarm eine Todesangst hatte, wo jeder Streik ein Staatsverbrechen war.»

Es galt, in den ersten Jahren der Demokratie einen festen Unterbau zu geben. Dazu mußte man die breiten Schichten aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit befreien und ihnen geistige Selbständigkeit geben. So würde das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten, bisher Domäne einer kleinen Feudalschicht, im Volke selbst wachsen. Das hieß, Kampf dem Analphabetentum, das optimistische Kritiker auf 70 Prozent berechneten, und eine dem Lande angemessene Agrarreform. Es hieß weiter die Schaffung von Arbeiter- und Bauernsyndikaten und Genossenschaften.

Das Erziehungsproblem wurde unter Dr. Arevalo mit Erfolg in Angriff genommen. Die Zahl der Lehrer stieg von 4386 im Jahre 1944 auf mehr als 7000 im Jahre 1950. Die Schülerzahl stieg von 115 476 im Jahre 1944 auf mehr als 156 000 im Jahre 1950. Im Staatshaushalt, der 1944 nur 133 000 Quetzales (1 Quetzal = 1 Dollar) für Erziehungsfragen einsetzte, werden heute 629 300 Quetzales angegeben. Während unter der vorhergehenden 14jährigen Diktatur nicht eine Schule gegründet worden war, wurden in den letzten vier Jahren, außer einer Anzahl gewöhnlicher Schulen, 135 Schulen eines neuen Typus gebaut, die versuchen, die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft zu verwerten. An Erwachsenen wurden in diesen Jahren mehr als 98 000 Personen in Spezialkursen mit Lesen und Schreiben vertraut gemacht.

Daneben sucht ein Gesetz der Lehrerausbildung den Stand zu heben. Die Staatsuniversität erhielt Autonomie, es wurden dazu Fakultäten für Humanität und Agronomie errichtet. Die verbotene Volksuniversität durfte ihre Pforten wieder öffnen. Reiche Stipendien wurden für Auslandsstudien zur Verfügung gestellt. Ein Verlag für volkstümliche Literatur gibt Tausende von Büchern populärwissenschaftlichen Inhalts heraus. Ambulante Kulturmissionen durchfahren das Land und tragen bis in die einsamen Weiler des Urwaldes einen Glanz modernen Wissens.

Durch diese Steigerung des Kulturniveaus hat die demokratische Bewegung das Interesse der arbeitenden Massen für öffentliche Fragen geweckt. Die Gewerkschaften, die stets verboten waren, konnten ihren Aufbau vollziehen. Die Verfassung sicherte ihnen alle Freiheiten und auch das Recht des Streiks. Früher war sogar das Wort «Arbeiter» verboten und konnte vor ein Kriegsgericht führen – man ersetzte es durch das Wort «Angestellter». Jetzt bestehen 241 Syndikate, die zum Großteil der «Confederación de Trabajadores» vereint sind. Daneben bestehen noch sieben andere Verbände. Alle sind im «Komitee der Gewerkschaftseinheit» vereint. Mehr als 100 000 Arbeiter sind jetzt gewerkschaftlich organisiert, was, so gewaltig diese Ziffer ist, nur den Anfang bedeutet, um die feudale Epoche zu überwinden und zu einer frühkapitalistischen Form zu gelangen.

Ein neues Arbeitsgesetz regelt die Beziehungen zwischen Arbeitgeber

und Arbeitnehmer auf der Basis gleichen Rechtes, es führt Organisationsfreiheit ein und schafft Arbeitsgerichte. Die Löhne erhöhten sich in diesen Jahren um das Fünffache.

Das Genossenschaftswesen steckt noch in den Anfängen. Die Regierung sucht vor allem, die Kreditgenossenschaften auf dem Lande zu fördern. Vorbildlich ist die Sozialgesetzgebung des Staates. Das Institut für Sozialversicherung wurde als autonome Körperschaft errichtet und hat ein Netz von Kliniken, Dispensarien und Schulen für Berufsbildung geschaffen. 1948 haben 75 000 Arbeiter von der Sozialversicherung profitiert. 1950 waren über 170 000 Arbeiter versichert. Die Anstalt zahlte in der Zeit von Oktober 1948 bis zum August 1950 über 665 000 Quetzales aus.

Alle diese primitiven Errungenschaften, über die im konservativen England kein Mensch ein Wort verliert, wurden von interessierten Kreisen als kommunistisch verschrien. Dabei besteht überhaupt keine kommunistische Partei. Die wenigen Anhänger sind in einer losen Gruppe zusammengeschlossen, die sich um das Wochenblatt «Octubre» gruppiert. Die Sozialdemokratische Partei, die in ihrer Zielrichtung vielleicht am ehesten der österreichischen sozialistischen Partei zu vergleichen ist, hat erst in den letzten Monaten ihre Kader enger zusammengeschlossen, um einen stärkeren Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten zu nehmen.

In die Aktivbilanz der letzten Jahre muß man auch die Schaffung von Kindergärten, die Errichtung eines Olympiastadions für 50 000 Zuschauer, die Fertigstellung des Hospitals Roosevelt mit tausend Betten und einer Schule zur Ausbildung von Krankenschwestern rechnen. Außerdem kommt dazu der Bau von billigen Wohnungen für Arbeiter, wie die «Kolonie 20. Oktober» mit 204 Häusern, «Kolonie Labor» mit 107 Häusern usw. Auch die Asphaltierung von 222 Kilometer Straße, der Bau von 11 neuen Straßen, die Elektrifizierung von 36 Orten und die Trinkwasseranlagen in 30 Orten sind Aktivposten. Neuerdings wird der Bau der atlantischen Autostraße, die das Land mit Mexiko im Norden und Salvador im Süden verbinden wird, von dem neuen Präsidenten energisch vorwärtsgetrieben.

Der nun seit dem April vergangenen Jahres amtierende junge Präsident, Jacobo Arbenz (der Sohn eines Schweizer Einwanderers), kann auf dieser Basis an die Lösung des Hauptproblems herangehen: Agrarreform.

General Cardenas urteilte ja richtig, als er äußerte: «Es ist eine Stadtrevolution in einem Agrarland.» Nur wenn es gelingt, die Revolution aufs Land zu tragen und die Landarbeiter aus den Fesseln der Feudalwirtschaft der Latifundien zu befreien, wird die Demokratie im Land gesichert sein. Da Guatemala, wie fast ganz Hispanoamerika, von Indios bewohnt ist, bleibt das Agrarproblem untrennbar mit dem Problem der Indios verbunden. Wenn man die wirtschaftliche Lage der

Indios nicht ändert, bleiben die Anstrengungen auf allen andern Sektoren zwecklos. Dazu aber ist eine Lösung des Latifundienproblems nötig. Das ist kein agrartechnisches Problem, sondern bedeutet die Liquidierung des kolonialen Feudalismus. Im Lande (wie fast in ganz Südamerika) fehlt eine wirkliche Kapitalistenschicht. Es herrscht eine Gruppe feudaler Landherren, die sich den Anschein einer Bourgeoisie geben, während auf ihren ausgedehnten Ländereien die Indios in einer fast sklavenähnlichen Abhängigkeit leben.

Alles, was Mariategui von der *Untrennbarkeit des Problems der Erde und des Indios* in Peru sagt, trifft auf Guatemala zu. Die Indios sind auch hier eine Rasse von Ackerbauern, und ihre Kultur war die des Ackerbauers. Auch in Guatemala haben die kolonialen Formen der Inquisition und des Feudalismus einen kulturellen und wirtschaftlichen Stillstand der Indios, die jahrhundertlang in Sklaverei und Elend gehalten wurden, herbeigeführt. In Guatemala, wie in fast ganz Südamerika, ist der Indio, trotz aller liberalen Gesetzgebung, kein Individualist geworden. Nicht etwa, weil der Indio dem Fortschritt feindlich gegenübersteht, sondern weil der Individualismus für den Indio (und das ist die Mehrheit der Bevölkerung!) unter einem halbfeudalen System keine Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Seine Dorfgemeinschaften waren im Gegenteil für ihn der einzige, wenn auch recht schwache Schutz seiner Eigenart.

Man muß mit Elementen des wissenschaftlichen Sozialismus die Formen der Indiogemeinschaften achten und anregen, sich weiterzuentwickeln, damit sie in landwirtschaftliche Kooperative übergehen. Eine wohldurchdachte, nicht überstürzte Agrarreform, die den tatsächlichen Verhältnissen des Landes gerecht wird, ist die große Aufgabe, der die neue Regierung gegenübersteht.

R. Caltofen

Die kopernikanische Wendung der modernen Gewaltpolitik zur modernen Gewaltlosigkeit

Wir bringen hier das erste Kapitel einer Broschüre zum Abdruck, deren Titel «Die moderne Revolution, Gedanken der gewaltfreien Selbsthilfe des deutschen Volkes» lautet, und deren Verfasser, Dr. Nikolaus Koch, ein deutscher Kriegsinvalid ist. Die Broschüre kann beim Verlag «Die Mirne», Tübingen, bezogen werden. Die sieben weiteren Kapitel beschäftigen sich mit folgenden Grundfragen: «II. Der deutsche Zwang zur gewaltlosen Selbsthilfe. III. Die gewaltlose Revolution. IV. Das Christentum und die gewaltlose Revolution. V. Der Liberalismus und die gewaltlose Revolution. VI. Der Sozialismus und die gewaltlose Revolution. VII. Die Hilfe der Frauen. VIII. Der Anfang.»